

# «Keine Alternative zu Kyoto»

Europäer kritisieren amerikanisches Alternativprogramm zum Klimaprotokoll

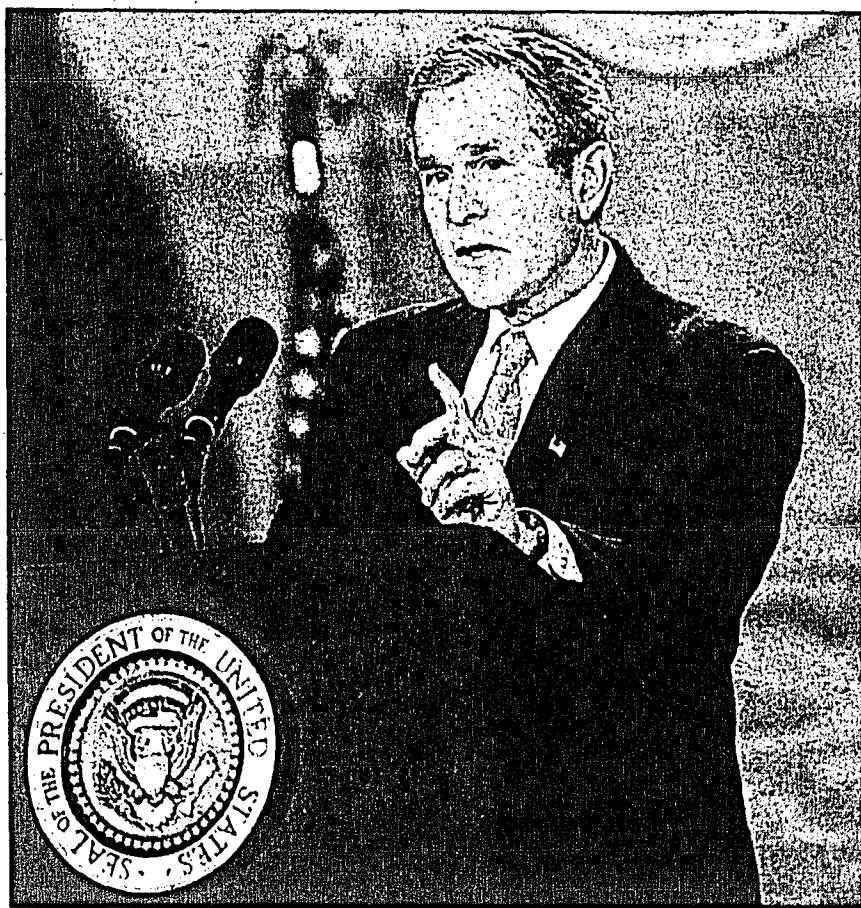
FRANKFURT: Das US-Alternativprogramm zum Klimaprotokoll von Kyoto ist in Europa auf Ablehnung gestossen. EU-Umweltkommissarin Margot Wallström sagte am Freitag in Brüssel, das Programm sei unzureichend und keine Alternative zu Kyoto.

Der deutsche Bundesumweltminister Jürgen Trittin zeigte sich enttäuscht über die Unverbindlichkeit der Pläne, die eine Steigerung der Emissionen erlaubten. Die Umweltorganisation Greenpeace sprach von einem Entwurf, der die Handschrift der Ölindustrie trage.

## Das einzige Instrument

Bushs Plan werde wahrscheinlich zu einem beträchtlichen Anstieg der Treibhausgas-Emissionen führen, erklärte Wallström. «Das Kyoto-Protokoll ist das einzig effektive Instrument im Kampf gegen die Erderwärmung, und wir fordern die USA auf, wieder zum Kyoto-Prozess zurückzukehren», sagte die EU-Kommissarin.

«Das Programm der USA beweist, dass eine weltweite Senkung der Treibhausgas-Emissionen nur in einem völkerrechtlich verbindlichen System möglich ist», sagte Trittin in Berlin. Es müsse Ziel bleiben, das Kyoto-Protokoll so schnell wie möglich umzusetzen, fortzuschreiben und den weltweit grössten Emittenten USA wieder in



Das von Präsident George W. Bush vorgestellte US-Alternativprogramm zum Klimaprotokoll von Kyoto ist in Europa auf Ablehnung gestossen. (Bild: Key)

dieses System zu integrieren. Dem SWR sagte Trittin, Amerika werde mit dem neuen Plan noch Jahre brauchen, um auf die Höhe der heutigen Zeit zu gelangen: «Bush ist mit seinen Inhal-

ten da, wo die SPD in der Umweltpolitik in den 60er-Jahren war.»

Die japanische Regierung begrüsst die Vorschläge Bushs, äusserte aber zugleich die Hoffnung, dass sich die

USA letztlich doch wieder dem Kyoto-Protokoll anschliessen würden. Bush mache mit seinem Plan deutlich, dass er gewillt sei, die Treibhausgase zu verringern, sagte Aussenministerin Yoriko Kawaguchi, die bis vor kurzem noch an der Spitze des Umweltministeriums stand.

## Kritik von Umweltschützern

Bush hatte am Donnerstag ein Alternativprogramm zum Klimaschutzabkommen von Kyoto vorgestellt, das auf die freiwillige Reduzierung von Treibhausgasen setzt. Umweltgerechtes Verhalten soll demnach mit Steuervorteilen belohnt werden. Im vergangenen Jahr hatte Bush den Ausstieg aus dem Kyoto-Protokoll mit Nachteilen für die US-Wirtschaft begründet.

«Das Konzept schützt die Absatzmärkte der Ölkonzerne, nicht aber das Klima», kritisierte Greenpeace-Klimaschutzexperte Karsten Smid die US-Pläne. Ausserdem bemängelte er den «massiven Widerstand» der deutschen Energieindustrie und von Wirtschaftsminister Werner Müller gegen die Klimavereinbarungen. Dies sei einseitige Interessenpolitik nach dem Muster der USA. Als «völlig unzureichend» kritisierte die Umweltstiftung WWF die neue US-Politik. «Das ist ein Geschenk für Umweltverschmutzer und ein Affront gegen den Rest der Welt», sagte Regine Günther vom Referat Klimaschutz beim WWF Deutschland.

## Welpressfoto des Jahres



AMSTERDAM: Der Däne Erik Refner ist am Freitag mit dem renommierten Preis «Welpressfoto des Jahres» ausgezeichnet worden. Seine Schwarzweiss-Aufnahme zeigt ein totes Kind in einem afghanischen Flüchtlingslager in Pakistan, über das sechs Hände ein Leichentuch ziehen. Die Auszeichnungen in den 18 verschiedenen Kategorien wurden insgesamt von den Themen 11. September und Afghanistan dominiert.

Die aus 13 Fotografen und Bildredakteuren bestehende Jury musste ihre

Entscheidung unter 49 000 Einsendungen treffen. Die Wahl des «Welpressfotos des Jahres» fiel einstimmig. Entstanden ist die Aufnahme bereits im vergangenen Frühjahr, also bereits drei Monate, bevor sich das Augenmerk der Weltöffentlichkeit in Folge der Terroranschläge auf Afghanistan und Pakistan richtete. In ihrer Begründung sagte die Jury, sie wollte mit ihrer Entscheidung bewusst ein Zeichen setzen, Unruhegebiete «ein wenig ernst zu nehmen», bevor sie zu echten Krisenregionen werden.

## Politiker als Zeugen?

Milosevic will Kohl, Blair und Co. vorladen lassen

DEN HAAG: Der jugoslawische Expräsident Slobodan Milosevic will etliche westliche Spitzenpolitiker als Zeugen vor das UN-Kriegsverbrechertribunal vorladen lassen.

Wie er am zweiten Tag seiner Verteidigungsrede ankündigte, sollen unter anderem der frühere US-Präsident Bill Clinton, dessen Aussenministerin Madeleine Albright, UN-Generalsekretär Kofi Annan sowie Exkanzler Helmut Kohl, Bundeskanzler Gerhard Schröder, der britische Premierminister Tony Blair, der französische Präsident Jacques Chirac und Italiens früherer Aussenminister Lamberto Dini vor Gericht erscheinen.

Milosevic erklärte, er wolle die «direkten Beteiligten» an dem Balkankonflikt und dem Friedensabkommen von Dayton 1995 vorladen lassen, darunter die komplette amerikanische Verhandlungsdelegation. Mit dem Prozess gegen ihn würden genau die Kräfte unterstützt, die Jugoslawien zerstört

hätten, erklärte Milosevic. Der Westen ermutige damit den Terrorismus, der auch jetzt noch weitergehe. Das Gericht habe sich zum Mittäter gegen ein Volk gemacht, das sich auf seinem eigenen Territorium verteidigt habe. Er wies noch einmal den Vorwurf zurück, dass serbische Streitkräfte massenhaft Menschen deportiert oder gar ermordet hätten. «Das ist eine Lüge», erklärte Milosevic.

Er warf seinerseits dem Westen vor, bei Bombenangriffen im Kosovo Flüchtlinge getötet zu haben. Milosevic erklärte, seine Truppen hätten während des NATO-Kriegs gegen Jugoslawien einen Funkverkehr zwischen einem Piloten, der einen Konvoi gesichtet hatte, und einem Kommandeur abgefangen.

Als der Pilot erklärt habe, es handle sich um Flüchtlinge, habe ihn der Kommandeur nur aufgefordert, seinen Befehl auszuführen. Bei dem Angriff seien Dutzende Menschen getötet worden, sagte Milosevic.

## Vergeltungsschlag

Israelis fliegen Angriff nach Attacke auf Panzer

GAZA: Knapp 24 Stunden nach der Zerstörung eines israelischen Panzers durch palästinensische Extremisten hat die israelische Luftwaffe am Freitagabend einen Vergeltungsangriff auf palästinensische Einrichtungen im Gazastreifen geflogen.

Der Sicherheitskomplex in Dschebalja sei von mehreren Explosionen erschüttert worden, berichteten palästinensische Augenzeugen. Zur Zeit des Angriffs sollen sich zahlreiche Sicherheitskräfte in dem Gebäude aufgehalten haben. Am Abend zuvor waren drei israelische Soldaten im Gazastreifen getötet worden, als es palästinensischen Extremisten erstmals gelang, einen israelischen Panzer zu zerstören. Am Freitag kam der Anführer einer israelischen Eliteeinheit während einer Razzia in Saida im Westjordanland ums Leben. Bislang hatte die israeli-

sche Armee in dem seit 16 Monaten andauernden Aufstand der Palästinenser relativ wenige Opfer zu beklagen gehabt.

Die Zerstörung des Panzers vom Typ «Merkawa-3», der als Symbol der israelischen Militärmacht gilt, setzte die israelische Öffentlichkeit unter Schock. «Es ist, als hätten die Terroristen mit ihren Kalaschnikows und selbst gebastelten Raketen es geschafft, ein F-16-Kriegsflugzeug abzuschliessen», schrieb der Kolumnist Rafi Mann in der Zeitung «Maariv». Zu dem Angriff auf den Panzer bekannte sich das Volkswiderstandskomitee, dem militante Mitglieder der Hamas und der Fatah-Organisation des palästinensischen Präsidenten Jassir Arafat angehören sollen. Auf einem Flugblatt hiess es, der Angriff sei eine Vergeltung für den Tod von fünf Palästinensern in Gaza gewesen.

## Papst-Dokumente bald zugänglich

ROM: Der Vatikan will nach eigenen Angaben in Kürze Dokumente aus seinen Archiven zugänglich machen, die über das Verhalten des damaligen Papstes Pius XII. vor und während des Zweiten Weltkriegs Auskunft geben. Dabei werde sich erweisen, dass alle gegen den Papst gerichteten Vorwürfe hinsichtlich seines Schweigens über den Holocaust ungerecht seien, hiess es in einer am Freitag herausgegebenen Erklärung. Deutsche und ausländische Kritiker, allen voran jüdische Organisatoren, haben Pius XII. vorgeworfen, mit seinem Schweigen über die Gräueltaten der Nazis den Holocaust nicht verhindert oder gar erst ermöglicht zu haben. Die seitdem von Theologen, Politologen und Historikern eifrig diskutierte Frage ist, ob Pius mit einer öffentlichen Verdammung der Judenverfolgung den Völkermord teilweise oder ganz hätte verhindern können. Pius selbst und seine Verteidiger haben demgegenüber den Standpunkt vertreten, der Papst habe gehofft, mit seinem Schweigen Schlimmeres zu verhindern. In seiner Erklärung wies der Vatikan darauf hin, dass Pius während des Krieges vielen Opfern aus vielen Völkern und Religionen geholfen habe. Deshalb handle es sich bei den Vorwürfen um «ungerechte und undankbare Spekulationen». Einen genauen Termin für die Veröffentlichung nannte der Vatikan nicht. Es hiess lediglich, ab Anfang 2003 würden Wissenschaftlern Dokumente aus den Jahren 1922 bis 1939, dem Pontifikat von Pius XII., zugänglich gemacht. Zudem sollen Dokumente aus der Zeit von 1939 bis 1945 veröffentlicht werden.

## Italien verlängert «Amnestie» für Steuerhinterzieher

ROM: Italien hat das «Amnestie-Angebot» für italienische Steuerhinterzieher verlängert. Danach dürfen Privatpersonen ihr, im Ausland liegendes Schwarzgeld bis Mitte Mai straffrei in die Heimat zurückholen. Der italienische Ministerrat hat am Donnerstagabend beschlossen, dass die Frist von Ende Februar auf 15. Mai verlängert wird. Bis dahin rechnet die Regierung Berlusconi, dass bis zu 50 Mrd. Euro (über 70 Mrd. Franken), die auf Bankkonten im Ausland angelegt waren, nach Italien zurückkehren werden. Ein Grossteil der Summe, die seit Anfang November bereits nach Italien zurückgeführt wurde, stammt von Schweizer Bankkonten (zirka 70 Prozent), schätzen Experten. 12 Prozent flossen aus Deutschland und drei Prozent von österreichischen Bankkonten nach Italien zurück. Die Verlängerung der Frist wurde auf Grund des unerwartet starken Erfolgs der «Amnestie» beschlossen. Die Steuerhinterzieher müssen sich an eine Bank oder Post, ein Wertpapierhandelshaus oder an eine Treuhandgesellschaft wenden. Für die Legalisierung ihrer Position müssen sie ihr Geld mindestens zehn Jahre zum jeweils gültigen Zinssatz hinterlegen oder eine Steuer von 2,5 Prozent jener Gesamtsumme zahlen, die sie nach Italien zurückführen oder im Ausland legalisieren wollen.

## Medienpreis an Rudolph Giuliani

BADEN-BADEN: Der frühere Bürgermeister von New York, Rudolph Giuliani, wird heute Samstag in Baden-Baden mit dem Deutschen Medienpreis 2001 ausgezeichnet. Nach Angaben von Media Control bekommt er den undotierten Preis für seine Zivilcourage, menschliche Grösse und kämpferischen Patriotismus nach den Terroranschlägen auf das World Trade Center. Bei einer Befragung bezeichnete die überwiegende Mehrheit aller Chefredakteure Giuliani als herausragende Persönlichkeit des Jahres 2001.